

Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Wolf / Frau Siebeneck

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: Jugendhilfeausschuss@Stadt-Koeln.de

Datum: 27.08.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.06.2020, 14:10 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindeststabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Pöttgen, Andreas SPD-Fraktion Seeck, Oliver SPD-Fraktion Dr. Schlieben, Nils Helge CDU-Fraktion Kurlanda, Carl CDU-Fraktion

Schwab, Luisa Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Kessing, Ulrike Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Butterwegge, Carolin Fraktion Die Linke. Laufenberg, Sylvia FDP-Fraktion

Krücker, Peter Caritasverband Köln e.V.

Braun, Andrej Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)

Kurbjeweit, Frieder SJD - Die Falken Kreisverband Köln

Kaven, Dominik BDKJ Erzdiözese Köln e.V.

Schönhals, Martina Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

(in Vertretung für Frau Volland-Dörmann - AWO

Kreisverband Köln e.V.)

Ackermann, Katrin Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.

(in Vertretung für Frau Zaabe)

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schmerbach, Cornelia SPD-Fraktion Casser, Catherine FDP-Fraktion

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Van Lengerich, Ulrike Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Gümüs, Attila Jugendamtselternbeirat Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Piger, Jürgen entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft

Lesben, Schwule und Transgender

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise SPD-Fraktion Bauer, Hans-Josef CDU-Fraktion

Wöhler, Carmen Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Michalak, Lea FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich Der Paritätische Köln e.V. Große Perdekamp, Maria Kinderschutzbund Köln e.V. Haratkamper Schürmenn Hilderard Derapaktiva Bildung e.V.

Horstkemper-Schürmann, Hildegard Perspektive Bildung e.V.

Horstkotte-Löffelholz, Christoph Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für Herrn Schäfer-Remmele - Theaterpädagogisches

Zentrum e.V.)

Kühne, Arno Evangelischer Kirchenverband Köln – Jugend-

pfarramt (in Vertretung für Herrn Drewes)

Kura, Jürgen Väter in Köln e.V. Peters, Markus SKM e.V. Köln

Reichartz-Bock, Regina Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische

Bildung

Ruda, Marc DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz

Schmerbach, Cornelia Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.

(siehe auch stellvertr. stimmberechtigte Mitglieder) Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Schmidt, Wolfgang Kinder- und Familienhilfe Schnabel, Nadia Kölner Jugendring e.V.

van Ooyen, Johannes ConAction e. V.(in Vertretung für Herrn Sinoplu –

Coach e.V.)

Will, Bernd AG "Offene Tür (in Vertretung für Frau Empacher –

AWO Köln e.V.)

Verwaltung

Beigeordneter Voigtsberger, Robert Dezernent

Glaremin, Stephan Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Zuschauer

Der Ausschussvorsitzende **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Herr Krep vom SKM Köln beantwortet Fragen zu TOP 1.4.1 (Film von WDR / Lokalzeit Köln zum Thema "Jugendzentrum Digital").
- Herr Becker vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt steht für Fragen zu TOP 4.1 "Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung" zur Verfügung.
- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Herr Pfeuffer von der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (-IV/2-),

Weiterhin begrüßt Herr Bürgermeister Dr. Heinen die Gäste auf der Zuschauertribüne, unter welchen sich aufgrund der reduzierten Teilnehmerzahl im Ratssaal auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses befinden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass

- die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien ausliegen zu
 - TOP 4.1 (2567/2019)
- folgende Vorlagen als Tischvorlage ausgeteilt wurden:

TOP 3.2 (1150/2020)TOP 4.2 (1476/2020)

■ TOP 6.2.1 (AN/0790/2020)

■ TOP 8.2.2 (1654/2020)

■ TOP 8.2.3 (1449/2020)

■ TOP 8.5.11 (1743/2020)

Die Tischvorlagen liegen dieser Niederschrift als Anlagen bei.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet - im Nachgang zur ursprünglich versandten Ein-ladung - noch die Punkte 2.1.1, 3.1, 3.2, 4.1, 4.2, 6.1.3, zu 6.1.3, 6.2.1, 8.2.1, 8.2.2, 8.2.3, 8.3.1, 8.3.2, 8.5.6-8.5.11 auf die **Tagesordnung** aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Eine entsprechend aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt.

Es ergibt sich die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.4 Präsentationen Film von WDR / Lokalzeit Köln zum Thema "Jugendzentrum Digital"

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch
- 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Coming out Day e.V." 1305/2020
- 2.2 Verteilung von Haushaltmitteln und Zuschüssen
- 2.2.1 Mittelverteilung an das Familienhaus Chorweiler Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. in den Haushaltsjahren 2020 ff aus dem Teilplan 0606 1203/2020
- 2.3 Weitere Beschlüsse
- 2.3.1 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2020/21 1289/2020
- 2.3.2 § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz neue Fassung 1365/2020

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

- 3.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende und Neugestaltung des Spielplatzes Keupstraße in Köln-Mülheim 0816/2020
- 3.2 Errichtung einer Trendsportanlage in Köln / Porz Finkenberg im Rahmen des Entwicklungsprogramms "Starke Veedel Starkes Köln" 1150/2020

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung 2567/2019
- 4.2 Annahme zweckgebundener Spenden von "Wir helfen Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V." an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln 1476/2020

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

5.1.1 Familienfreundliches Köln – Kita von 3 – 6 Jahren endlich beitragsfrei AN/0076/2019

5.2 Neue Anträge

./.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

- 6.1.1 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztag an Kölner Grundschulen AN/0050/2020
- Zu 6.1.1Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztag an Kölner Grundschulen: Beantwortung der Anfrage AN/0050/2020 0630/2020

6.1.2	Bedarfsplan zur	Kindertagesbetreuung	in Kitas und	Tagespflege
	AN/0126/2020			

- Zu 6.1.2Bedarfsplan zur Kindertagesbetreuung in Kitas und Tagespflege: Beantwortung der Anfrage AN/0126/2020 1225/2020
- 6.1.3 Einsatzkonzepte Karneval Streetwork und Ordnungsdienst AN/0364/2020
- Zu 6.1.3Einsatzkonzept Karneval Streetwork und Ordnungsdienst: Antwort zu AN/0364/2020 1395/2020
- 6.2 Neue Anfragen
- 6.2.1 Erhalt der Jugendeinrichtung "Take Five" sichern AN/0790/2020
- 7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe
- 7.1 Frühere Anfragen
- 7.2 Neue Anfragen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses ./.
- 8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung
- 8.2.1 Ergänzung zur Mitteilung "Jugendbefragung und dann…, Erste Bilanzierung" (Session 0178/2020) 1529/2020
- 8.2.2 Beteiligung der Stadt Köln am Förderaufruf des Landes "kinderstark NRW schafft Chancen"
 1654/2020
- 8.2.3 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der TH Köln am Standort Deutz Umzug der Kita Gießener Str. 30 1449/2020

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

- 8.3.1 Bearbeitung von Beschwerden über die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), des Pflegekinderdienst (PKD) sowie des Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes (GSD) und im Bereich Beistandschaft (BE) 1563/2020
- 8.3.2 Umstellung der Fördersystematik von Ehe-, Lebensberatungs-, Familienberatungsstellen sowie sonstigen Fachberatungsstellen ab 2021 1399/2020
- 8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

./.

8.5 Weitere Mitteilungen

- 8.5.1 Wie leben queere Jugendliche in Köln? hier: Ergebnisse der Jugendbefragung 2019 des Jugendzentrums anyway e.V. 1241/2020
- 8.5.2 Online-Angebote für neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre 1299/2020
- 8.5.3 Ausstiegs-Szenarien aus den Corona-Beschränkungen entwickeln schrittweise Betreuung ausweiten 1311/2020
- 8.5.4 Achtzehnter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 1325/2020
- 8.5.5 Sachstandsbericht für das Jahr 2019 zu den EHAP-Projekten ALVENI links und rechts vom Rhein 1393/2020
- 8.5.6 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 1310/2020
- 8.5.7 Städtische Kindertageseinrichtungen im Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" 1219/2020
- 8.5.8 Ausbau der Schulsozialarbeit 2020 1462/2020

- 8.5.9 Offene Ganztagsschule im Primarbereich Bedarfssituation im Schuljahr 2020/2021 1224/2020
- 8.5.10 Strukturierter Zugang für neuzugewanderte, berufsschulpflichtige Jugendliche ins Bildungssystem 1522/2020
- 8.5.11 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Angebote des Amtes für Kinder, Jugend und Familie Maßnahmen, aktueller Sachstand 1743/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)
- 9.1 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ./.
- 9.2 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen ./.
- 9.3 Beschlussempfehlungen an den Rat
- 10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe
- 10.1 Frühere Anfragen ./.
- 10.2 Neue Anfragen
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen
- 11.1 EHAP Projekt ALVENI rechts vom Rhein 1402/2020

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

Herr Bürgermeister Dr. Heinen begrüßt Herrn Krep vom SKM Köln, der einen Film aus der Sendung "Lokalzeit" des WDR zu digitalen Kontaktmöglichkeiten für Jugendliche in der Corona-Zeit zeigt.

Herr Krep bedankt sich für die Möglichkeit, den Film vorzustellen und beschreibt, wie die Idee entstanden sei, nach dem Corona-bedingten Shut-Down und der daraus folgenden Schließung der Jugendzentren, trägerübergreifend den Kontakt zu Jugendlichen auf digitalem Weg aufrechtzuerhalten. Hauptinitiatoren seien die Jugendzentren Köln gGmbH (JUGZ) sowie die gemeinnützige Gesellschaft für urbane Jugendarbeit mbH (GUJA)/ Krebelshof und der SKM Köln. Auf der Gaming-Plattform Discord und dem Live-Streaming-Videoportal Twitch-TV wurden ein Sprachkanal sowie ein interaktiver Videokanal eröffnet. Entstanden sei eine gemeinsame Köln-weite Plattform mit mittlerweile knapp 650 angemeldeten Jugendlichen auf Discord, 152 Mitarbeitenden unterschiedlicher Träger und Einrichtungen, 52 Angeboten für Jugendliche sowie einer Schule.

Herr Krep dankt dem Verein "Wir helfen" für eine Überbrückungsfinanzierung nach den Osterferien. Er berichtet, dass aktuell geplant sei, die digitale Jugendarbeit unter dem Dach der JUGZ weiterzuführen.

Hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Bedenken, insbesondere bezogen auf die Plattform Discord, habe man sich mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. (AJS) und der Fachstelle für Jugendmedienkultur NRW auf die Festlegung von Standards geeinigt.

Im Anschluss wird der Filmbeitrag des WDR / Lokalzeit Köln zum Thema "Jugendzentrum Digital" gezeigt. Fragen zu dem Film werden nicht gestellt.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass vor Eintritt in die Tagesordnung die Verwaltung einen Status-Bericht zum Thema Corona abgeben werde. Die TOP's 8.5.3 (Ausstiegs-Szenarien aus den Corona-Beschränkungen entwickeln – schrittweise Betreuung ausweiten) und 8.5.11 (Auswirkungen der Corona-Krise auf die Angebote des Amtes für Kinder, Jugend und Familie – Maßnahmen, aktueller Sachstand) werden deshalb vorgezogen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger informiert über den aktuellen Sachstand und die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Angebote des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Er verweist ausdrücklich auf die umfangreiche und detaillierte Darstellung dieser aktuellen Thematik in der Vorlage unter TOP 8.5.11 und beschreibt, dass eine permanente Veränderung der Situation gegeben sei. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie reagiere in den letzten Monaten gemeinsam mit den Trägern tagesaktuell, flexibel und verlässlich auf neue Regelungen und Infektionslagen. Inzwischen sei ein Großteil der Angebote wieder in einen eingeschränkten Regelbetrieb mit entsprechenden Hygieneauflagen überführt worden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger berichtet von der erzielten Einigung der Kommunalen Spitzenverbände und des Landes vom 27.05.2020. Diese sieht vor, dass Eltern für die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in den Monaten Juni und Juli 2020 nur den halben Elternbeitrag bezahlen müssen. Den Rest teilen sich Stadt und Land. Eine diesbezügliche Dringlichkeitsentscheidung für die in der nächsten Woche anstehende Ratssitzung der Stadt Köln befinde sich in der verwaltungsinternen Abstimmung. Die Regelung gelte ausnahmslos für alle betroffenen Eltern. Es gebe Auswirkungen auf den Haushalt in Form von Weniger-Erträgen über rund 6,6 Millionen Euro für die 2 Monate.

Das Land NRW erstatte davon die Hälfte. Die betreffenden Eltern sollen zudem automatisiert zügig entsprechende Bescheide erhalten.

Aus dem Bereich Pädagogische und Soziale Dienste berichtet er, dass die Arbeitsbereiche "Erstunterbringung von UMA" sowie die "Amtsvormundschaft" in der gesamten Zeit des Lock Downs ihr Leistungsangebot aufrechterhalten konnten.

Alle Träger von ambulanten Erziehungshilfen und Eingliederungshilfen nach SGB VIII wurden von Anfang an von der Verwaltung gebeten, Hilfefälle weiter zu bearbeiten. Mit den Trägern wurde für die Monate März, April und Mai 2020 über den AK § 80 eine Abstimmung zur Abrechnung vereinbarter Leistungen unter Einbezug des Sozialdienst-leister-Einsatzgesetzes (Sod-EG) vorgenommen.

Für den Bereich Kinderinteressen und Jugendförderung resümiert Herr Beigeordneter Voigtsberger, dass auch hier alle Träger tagesaktuell über neue Entwicklungen und Verordnungen im Rahmen der Jugendförderung umfassend informiert wurden. Während des Lock-Downs und den damit verbundenen Schließungen der Einrichtungen haben viele Träger und Einrichtungen vielseitige digitale Angebote für ihre jeweiligen Zielgruppen vorgehalten. Dies haben der vorangegangene Bericht von Herrn Krep und der WDR-Film anschaulich vor Augen geführt. Die Spielplätze wurden am 07.05.2020 mit Auflagen wieder geöffnet. Seit dem 11.05.2020 haben unter anderem die Jugendeinrichtungen, Jugendtreffs, Kulturpädagogische Facheinrichtungen und die Jugendberufshilfe wieder die Möglichkeit zu öffnen. Empfehlungen zu "Exit-Strategien" seien allen Trägern an die Hand gegeben worden.

Letzte Woche habe er gemeinsam unter anderem mit Herrn Bergmann das Ferienprogramm vorstellen können. Dieses Programm und die enthaltenden Angebote seien gemeinsam mit den Trägern unter der neuen Dachmarke mit dem Namen "Veedel-Ferien-Feez" entwickelt worden. Dieses Programm solle auch in Zukunft über Corona-Zeiten hinaus weiterbestehen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger beschreibt, dass die Tagesbetreuung für Kinder sowohl für das Jugendamt und wie auch für alle Träger eine Herkulesaufgabe gewesen sei. Er erklärt, dass die Stadt Köln gemeinsam mit den Trägern als ein verlässlicher Partner für Eltern agiert habe und dankt an dieser Stelle allen Trägern.

Insgesamt konnten am 03.06.2020 (städtische und freie Träger und Tagespflege) wieder knapp 20.000 Kinder betreut werden.

Seit dem 08.06.2020 gebe es den eingeschränkten Regelbetrieb. Laut **Herrn Glaremin** waren an diesem Tag 11.216 Kinder (66,7 Prozent) in den städtischen Kindertagesstätten. Er weist darauf hin, dass eine höhere Prozentzahl erreicht werde, wenn die freien Träger mit eingerechnet werden. Diese Zahl liegt jedoch zum Sitzungszeitpunkt nicht vor, er gehe aber von 75 Prozent Betreuungsquote aus. Für die Sommerferien sollen passende Lösungen gefunden werden.

In den Bezirksjugendämtern wurden die Kernaufgaben durchgängig fortgeführt.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt weiterhin aus, dass die Meldungen zur Kindeswohlgefährdung während der Krise nicht nennenswert gestiegen seien. Das Gleiche gelte für die Meldungen zur häuslichen Gewalt. Aber er weist darauf hin, dass Institutionen wie Kitas oder Schulen keine Meldungen machen konnten, da sie geschlossen waren. Es gebe demzufolge eine Dunkelziffer, die nicht belegbar sei.

In den letzten Tagen sei beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) ein Anstieg der Meldungen durch diese Institutionen zu verzeichnen gewesen.

Der Bereich Familienservice habe seit dem 04.05.2020 mit den entsprechenden Hygienestandards wieder geöffnet. Die Vergabe von Kita- oder Tagespflegeplätzen finde seit dem 11.05.2020 wieder statt.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bedankt sich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes, den Trägern sowie auch bei der städtischen Politik, die durch schnelle Entscheidungen mit dazu beigetragen haben, flexible und engagierte Lösungen zu finden.

Frau Kessing bedankt sich für den Bericht sowie ausdrücklich bei den Trägern und der Stadtverwaltung für den in den vergangenen Wochen und Monaten geleisteten Einsatz. Sie sei dennoch froh, dass die Frühwarnsysteme im Bereich des Jugendschutzes wieder starten können und fragt nach dem Zeitplan hinsichtlich der OGS-Kooperation.

Ihre zweite Frage bezieht sich auf die Volkshochschule (VHS). Es konnten Sprach- und Integrationskurse nicht in den Räumen der VHS angeboten werden, da die Räume noch vom Pandemiezentrum belegt seien. Sie fragt, wann diese Kurse wieder starten können im Hinblick auf die unter TOP 8.5.6 noch zu besprechende Situation von Geflüchteten.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass die Stadtverwaltung sich hinsichtlich der OGS-Angebote in den Ferien in Gesprächen mit den Trägern befinde. Er bestätigt, dass die reguläre Betreuung im OGS-Bereich stattfinde.

Darüber hinaus gebe es Planungen und Gespräche mit dem Land bezüglich Förderung von Ferienangeboten und Notbetreuung. Die Bedarfe der Eltern werden abgefragt. Die Stadt Köln arbeite derzeit gemeinsam mit den Trägern an einer Konzeption für ein umfassendes Angebot. Zu dem Thema Elternbeiträge warte man aktuell auf eine Entscheidung des Landes.

Zur zweiten Frage bestätigt er, dass aktuell tatsächlich Räumlichkeiten fehlen, da das Kontaktpersonenmanagement des Gesundheitsamtes im VHS-Studienhaus untergebracht sei. Man befinde sich hinsichtlich weiterer Räumlichkeiten in Gesprächen mit anderen Dezernaten, es gebe aber derzeit noch keine Rückmeldung.

Es werde sowohl geprüft, das Kontaktpersonenmanagement in andere Räumlichkeiten zu verlagern oder aber die VHS-Kurse. Diese Planungen seien insbesondere im Hinblick auf die einzuhaltenden Standards wie beispielsweise den Mindestabstand nicht einfach. Es müssen individuelle Lösungen erarbeitet werden.

Frau Laufenberg bedankt sich ebenfalls und bestätigt, dass das Krisenmanagement der Stadt Köln gut funktioniert habe. Sie freut sich, dass die Kita-Öffnung gut angenommen worden sei. In diesem Zusammenhang entschuldigt sie sich für das Zusenden von Masken-Bastel-Sets durch ihre Fraktion und bittet um Rückmeldung, ob eine Nachlieferung erforderlich sei.

Sie fragt zum Thema häusliche Gewalt, ob bereits Umfragen geplant seien, wie man an die bereits erwähnte Dunkelziffer kommen könne. Sie weist auf eine bereits durchgeführte Studie in München sowie die erforderliche Sensibilisierung der Lehrer, Betreuer und Erzieher hin. Auch Einzelgespräche seien hilfreich.

Frau Schwab merkt an, dass die Notbetreuung nun wegfalle, und fragt, ob es in Zukunft Möglichkeiten gebe, systemrelevante Berufsgruppen und Alleinerziehende besser zu unterstützen.

Sie möchte darüber hinaus wissen, ob Informationen verfügbar seien, wie viele Erzieherinnen und Erzieher und Tagesmütter der Risikogruppe angehören und gerade nicht tätig werden können.

Sie fragt, ob die Reduktion der Stunden ausreichend sei, um den Bedarf zu decken oder ob es zu Abweichungen von Betreuungsschlüsseln in den Einrichtungen komme.

Sie weist darauf hin, dass die Tagespflege gerade in der Krise viele Nachteile offenbart habe und plädiert für eine Stärkung der Kitas. Tagespflegepersonal könne schlechter kompensiert werden als beispielsweise bei einer Kita.

Ihre letzte Frage bezieht sich auf den Familienbonus, den nur der unterhaltspflichtige Elternteil abziehen könne. Das sei problematisch, wenn dieser während der Krise nicht in die Betreuung involviert gewesen sei.

Herr Glaremin erläutert, dass dieser Bonus unabhängig von der Betreuungssituation gezahlt sowie zum Unterhalt gerechnet werde. Der Bonus müsse hälftig aufgeteilt werden, auch bei Nichtbetreuung.

Er weist auf die Bedeutung der Mischung zwischen Kita und Tagespflege hin, sowie dass es Wachstumsgrenzen bei der Tagespflege gebe, welche mittlerweile nahezu erreicht seien.

Er schätzt, dass derzeit bei den städtischen Kita-Mitarbeitern eine corona-bedingte Personalreduktion von circa 5 Prozent vorliege. Die normale Krankenquote pendele um 8 Prozent, so dass derzeit rund 13 Prozent der Mitarbeiter in den städtischen Kitas fehlen. Das Land habe die Wochenstunden um 10 Stunden reduziert. Da in Köln oftmals 45 Stunden angeboten wurden, habe sich eine 35-Stunden-Woche durchgesetzt.

Er bestätigt, dass es die Notbetreuung nicht mehr gebe sowie dass die 35-Stunden-Woche ein Maximum darstelle. Darüber hinaus gehende Stundenkontingente seien anzeigepflichtig. Es gebe aber Härtefallregelungen. Diese werden in Einzelfallentscheidungen, teilweise gemeinsam mit Unterstützung des Elternbüros angewendet, wenn beispielsweise der Job oder der Lebensunterhalt bedroht seien.

Herr Glaremin erläutert, dass die Masken-Anlieferung nicht gut gelaufen sei. Es seien in Köln 136.000 FFP2-Masken ausgeliefert worden, welche aber nicht den FFP2-Standards entsprochen haben. Darüber hinaus habe das Jugendamt 200.000 Masken-Bastelsets erhalten. Ausschließlich dank der Unterstützung durch das Krisenmanagement der Feuerwehr, die unter anderem die Bänder der Masken zurecht geschnitten habe, sei man in der Lage gewesen, die Masken über die Träger in die Einrichtungen liefern können. Er führt aus, dass es keine Nachlieferung von Masken geben werde und erklärt, dass die Masken für die Erzieherinnen und Erzieher vorgesehen seien, die diese jedoch nicht im pädagogischen Alltag tragen würden.

Er informiert, dass es für die Erzieherinnen und Erzieher vorgesehen sei, bezirksweise Tests durchzuführen, auch wenn keine Symptome erkennbar seien.

Hinsichtlich der Thematik zur häuslichen Gewalt müssen nächste Schritte überlegt werden. Der schulpsychologische Dienst arbeite ebenfalls daran. Die Thematik werde für den Herbst aufbereitet.

Herr Gümüs beschreibt, dass die häufigen Gespräche mit den Eltern durch die Kitas sehr positiv gewesen seien. Viele Eltern haben das Gefühlt gehabt, gut vorbereitet für die Rückkehr zu sein.

Als negativ führt er den Umgang mit systemrelevanten Arbeitnehmern an, welche nicht mehr die Möglichkeit der Notbetreuung haben. Er benennt zwei Beispiele und bittet darum, eine Lösung zu finden.

Zum Thema häusliche Gewalt ergänzt er, dass es richtig sei, dass diese zu über 90 Prozent von Männern ausgeübt werde, aber es gebe auch gewalttätige Frauen.

Herr Kura fragt, wie die Stadt mit einem potentiellen positiven Testergebnis bei den Erzieherinnen und Erziehern umgehen werde sowie ob in einem solchen Fall die betreffende Kita ganz geschlossen werde.

Frau Dr Butterwegge schließt sich dem Dank der FDP und der Grünen an. Sie lobt, dass das Krisenmanagement gut gelaufen sei und bedankt sich bei der Verwaltung für die flexible Handhabung des Kitabereichs. Sie moniert jedoch, dass es Eltern gebe, die während des Lock-Downs über 7 Wochen nichts von ihrer Kita gehört hätten, andere hingegen täglich. Sie befürchte eine zweite Infektionswelle und fragt nach einem Plan, wie damit umgegangen werde.

Des Weiteren nimmt sie Bezug auf die Thematik der Geflüchteten und fragt, ob derzeit Vorbereitungsklassen stattfinden würden und wie das Distanzlernen für geflüchtete Kinder gestaltet werde, sowie ob in den Wohnheimen die erforderliche technische Ausstattung (Tablet, Internet) vorhanden sei.

Sie regt an, das Personal regelmäßig zu testen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bedauert, dass sich die Kritik der unzureichenden Information beliebig auf Schulen und andere Einrichtungen erweitern ließe. Er weist darauf hin, dass die Situation Geflüchteter in Wohnheimen bereits in der Ratssitzung behandelt worden sei.

Herr Glaremin führt zum Thema Notbetreuung aus, dass es einzelne Härtefallregelungen geben werde und bittet ausdrücklich darum, dass sich diese an das Jugendamt wenden.

Zu der Frage hinsichtlich des Umgangs mit positiven Testergebnissen verweist er auf das Infektionsschutzgesetz sowie das dort festgelegte Verfahren. Je nach Situation könne es zu Schließungen oder Teilschließungen von Kitas kommen. Bei den Schulen werde dies ähnlich gehandhabt. Die jeweilige Entscheidung obliege dem Gesundheitsamt, denn es handele sich um eine meldepflichtige Erkrankung.

Er bestätigt, dass die Kommunikation in den einzelnen Kitas sehr unterschiedlich gelaufen sei, aber es sei eine sehr schwierige Aufgabe, eine standardisierte Kommunikation für alle Kitas festzulegen.

Er bestätigt im Zusammenhang mit der häuslichen Gewalt, dass die Täter in der Regel Männer seien.

Herr Völlmecke bestätigt hinsichtlich der geflüchteten Kinder, dass diese Seiteneinsteigerklassen genauso von der (Nicht-) Öffnung betroffen seien. Er verweist auf die Vorlage unter TOP 8.2.2 (Beteiligung der Stadt Köln am Förderaufruf des Landes "kinderstark – NRW schafft Chancen"). Dort werde unter anderem beschrieben, dass man gemeinsam mit dem Amt für Integration sicherstellen wolle, dass Kinder aus Flüchtlingsfamilien Unterstützung erfahren, so dass sie Anschluss an die anderen Klassen haben.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt abschließend aus, dass es nicht zwingend eine zweite Welle geben werde, es könnten auch einzelne Infektions-Hotspots auftreten. Es gebe eine Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Thematik auseinandersetze. Sie bestehe aus Mitarbeitern des Gesundheitsamtes, des Jugendamtes, des Amtes für Schulentwicklung, der Feuerwehr wie auch der Bezirksregierung und der Schulaufsichtsbehörde. Dort tausche man sich aus und plane, wie ein Vollbetrieb Schule oder Kita aussehen könne und welche Lehren aus der aktuellen Situation im Hinblick auf frühzeitige Planungen gezogen werden können. Er verweist auf diesbezügliche Studien und Pilotprojekte, in welche das Jugendamt involviert sei.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt für die Fragen sowie für die rege Beteiligung.

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Kurlanda, Herr Pöttgen und Frau Laufenberg benannt.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Da heute keine Mitglieder der Bezirksschülerinnen und -schülervertretung anwesend sind, entfällt die Notwendigkeit dieser Beschlussfassung.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.4 Präsentationen

Es wird ein Film vom WDR / Lokalzeit Köln zum Thema "Jugendzentrum Digital" gezeigt.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Coming out Day e.V." 1305/2020

Frau Laufenberg lobt den Verein und merkt an, dass der Verein bereits in 2016 die Anerkennung beantragt, aber dann wieder zurückgezogen habe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den "Coming out Day e.V.", Geschäftsanschrift: Koelhoffstr. 10, 50676 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

2.2 Verteilung von Haushaltmitteln und Zuschüssen

2.2.1 Mittelverteilung an das Familienhaus Chorweiler – Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. in den Haushaltsjahren 2020 ff aus dem Teilplan 0606 1203/2020

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die dauerhafte Förderung des "Familienhauses Chorweiler" in Trägerschaft des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. ab dem 01.06.2020 mit einer Jahressumme von 120.000 Euro. Im Jahr 2020 beträgt die Fördersumme aufgrund des Startdatums 70.000 Euro.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0606, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

2.3 Weitere Beschlüsse

2.3.1 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2020/21 1289/2020

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- a) Die in Abstimmungsgesprächen zwischen der Verwaltung und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe im AK 80 Kindertagesbetreuung ausgewählten folgenden 8 Kindertageseinrichtungen neu zur Landesförderung als Familienzentren im Kindergartenjahr 2020/21 anzumelden:
 - 1. Kita Dürener Str. 394 im Stadtteil Lindenthal, Träger: rainbowtrekkers Kita gGmbH (Einzelfamilienzentrum)

- 2. Kita Ulrich-Brisch-Weg 1 im Stadtteil Junkersdorf, Träger: rainbowtrekkers Kita gGmbH (Einzelfamilienzentrum)
- 3. Kita Unter Linden/Auf der Vierzig 2 im Stadtteil Widdersdorf, Träger: rainbowtrekkers Kita gGmbH (Einzelfamilienzentrum)
- 4. Kita Lipizzaner Str. 1 im Stadtteil Niehl, Träger: Z.E.B.R.A e.V. (Einzelfamilienzentrum)
- 5. Kita Feldstr. 13 im Stadtteil Wahn Träger: Stadt Köln (Einzelfamilienzentrum)
- 6. Kita Rösrather Str. 129 im Stadtteil Ostheim, Träger: Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH (Einzelfamilienzentrum)
- 7. Kita Ludwig-Ronig-Str. 123 im Stadtteil Ostheim, Träger: Stadt Köln (Verbundfamilienzentrum mit der städtischen Kindertageseinrichtung Gernsheimer Straße)
- 8. Kita Auf der Schildwache 1-3 im Stadtteil Dünnwald, Träger: Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V. (Einzelfamilienzentrum)

Mit den 8 neuen Kindertageseinrichtungen werden seitens des Landes im Kindergartenjahr 2020/21 insgesamt 147 Familienzentren in Köln gefördert.

b) Die folgenden 2 bestehenden Verbundfamilienzentren mit einem zusätzlichen Kontingent zu versehen:

- Kita/Familienzentrum Apostelnkloster 4 im Stadtteil Altstadt/Nord, Träger Cari-Kids gGmbH mit insgesamt 3 Verbundpartnern. Verbundpartner sind: Kita Am Pantaleonsberg 14 und Kita Casa Italia, Standort An Groß St. Martin (Dependance der Kita Christophstr. 1)
- Kita/Familienzentrum Grasegger Str. 105 im Stadtteil Longerich, Träger Cari-Kids gGmbH mit insgesamt 3 Verbundpartnern. Verbundpartner sind: Kita Dionysstr. 1 und Kita Longericher Str. 396

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

2.3.2 § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz neue Fassung 1365/2020

Beschluss:

Im Rahmen des neuen KiBiz, gültig ab 01.08.2020, gilt gemäß § 55 Absatz 2 Satz 2 die Zweckbindung für Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, als erfüllt, wenn im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entschieden wird, dass sie vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt werden. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Stadt Köln diese Regelung für das Kindergartenjahr 2020/21 in ihrem Jugendamtsbezirk grundsätzlich anwendet.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende und Neugestaltung des Spielplatzes Keupstraße in Köln-Mülheim 0816/2020

Frau Schwab lobt, dass bei der Neugestaltung viele Inklusionsgesichtspunkte berücksichtigt worden seien. Sie stellt fest, dass sich die Vogelnestschaukel in einem Sandkasten befinde und bittet um Prüfung eines barrierefreien Zugangs.

Herr Glaremin erklärt, dass die Antwort schriftlich nachgereicht werde.

Frau Laufenberg lobt die Neugestaltung des Spielplatzes ebenfalls und regt an, die Sichtweise bei Spielplatzplanungen generell dahingehend anzupassen, ob inklusionsgerechte Spielgeräte auch für Kinder ohne Behinderung nutzbar seien.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Spende der I/D Cologne vertreten durch das Joint Venture OSMAB Holding AG und Art-Invest Real Estate in Höhe 75.000 Euro für den Spielplatz "Keupstraße" an und beauftragt die Verwaltung die Neugestaltung in Höhe von 784.000 Euro durchzuführen.

Der Finanzausschuss beschließt zur Umsetzung der Maßnahme die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 784.000 Euro im Teilfinanzplan 0604- Kinder- und Jugendarbeit, Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen) bei Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

3.2 Errichtung einer Trendsportanlage in Köln / Porz - Finkenberg im Rahmen des Entwicklungsprogramms "Starke Veedel - Starkes Köln" 1150/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen lobt, dass Inklusion und Barrierefreiheit mit bedacht worden seien.

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, die Errichtung einer Trendsportanlage auf dem Spiel- und Bolzplatz Stresemannstraße in Köln-Finkenberg mit Gesamtkosten in Höhe von 670.000 Euro (Brutto) durchzuführen. Die Beauftragung und Umsetzung der Maßnahme erfolgt im Rahmen der Umsetzung des Starke Veedel-Starkes Köln Programms mit EFRE- und Städtebaufördermittel unter dem Vorbehalt der Zustellung des Zuwendungsbescheides mit einer Förderquote von 85 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben von 670.000 Euro (Brutto) in den Haushaltsjahren 2020 bis 2022.
 - Die über die Jahre der Nutzung ergebniswirksam anfallenden bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 67.000 Euro (Brutto) und die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 56.950 Euro sind im Haushaltsplan 2020 / 2021 im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit eingeplant worden.
- Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 670.000 Euro (Brutto) im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung).

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung 2567/2019

Frau Kessing merkt an, dass die Gemeinschaftsverpflegung ein hochsensibler und immer wichtiger werdender Bereich sei. Bei dem Thema "frisches Kochen in Kitas" bestehe noch viel Verbesserungspotential. Sie regt an, frühzeitig gute Kooperationen einzugehen. Es seien im Haushaltsplan zusätzliche Stellen dafür geschaffen worden.

Herr Gümüs dankt und unterstützt diesen Wortbeitrag von Frau Kessing.

Frau Laufenberg weist auf die Änderungen im Beschluss des vorberatenden Umweltaus-schusses hin und bittet in diesem Sinne abzustimmen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen verliest die Ergänzung des Umweltausschusses:

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Punkt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Sinne einer regionalen Versorgung eine regionale Beteiligung am Ernährungsrat zu erreichen und dafür in den Nachbarkreisen und der Region Köln-Bonn zu werben.

Über die Ergebnisse ist dem Ausschuss spätestens in einem Jahr zu berichten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fügt hinzu, dass diese Änderung unstrittig sei.

Die Beschlussempfehlung wird dementsprechend geändert einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- 1. begrüßt das Strategiepapier "Impulse für die kommunale Ernährungswende Eine Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung; Handlungsfelder, Bestandsaufnahme und Zielvorgaben" (Anlage 1). Der Rat betrachtet die Ernährungsstrategie als Leitlinie für zukünftige politische Entscheidungen einer kommunalen Ernährungspolitik.
- 2. beauftragt die Verwaltung, ein ernährungsspezifisches Maßnahmenprogramm für den kommunalen Wirkungskreis zu entwickeln und für den Umsetzungsprozess eine dezernatsübergreifende Arbeitsstruktur zu schaffen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt unter dem Vorbehalt der Finanzierung.
- beschließt die beitragsfreie Mitgliedschaft der Stadt Köln im "Netzwerk der Bio-Städte, -Gemeinden und -Landkreise" und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung abzuschließen.
- 4. beschließt, den "Ernährungsrat Köln und Umgebung" über die bisher festgelegte Laufzeit (siehe Beschlussvorlage 0515/2017) hinaus für weitere fünf Jahre bis zum Jahresende 2024 zu unterstützen und den Zuschuss ab 2020 von bislang 50.000 Euro auf 75.000 Euro p.a. anzuheben. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2020/2021, für die Jahre 2020 bis 2024, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt.

Darüber hinaus beschließt der Rat für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur Unterstützung des "Ernährungsrates Köln und Umgebung" einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von jeweils 90.000 Euro pro Jahr. Auch diese Mittel stehen im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung. Somit erhöht sich der Gesamtzuschuss in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 auf 165.000 Euro pro Jahr.

Die Stadt Köln wird als festes Mitglied im "Ernährungsrat Köln und Umgebung" weiterhin durch den Beigeordneten des Dezernates für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen beziehungsweise den Amtsleiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes vertreten.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

4.2 Annahme zweckgebundener Spenden von "Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V." an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln 1476/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkungen des Unterstützungsvereins "Wir helfen – der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V."

- in Höhe von 60.000 Euro für die Durchführung von Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten als auch für die Beschaffung von Gerätschaften, die der Freizeitgestaltung dienen, und
- in Höhe von 120.000 Euro für die Beschaffung und Errichtung eines Piratenspielschiffes am Standort Brücker Mauspfad 646 im Rahmen der Sanierung und Optimierung des Standortes der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln

mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

5.1.1 Familienfreundliches Köln – Kita von 3 – 6 Jahren endlich beitragsfrei AN/0076/2019

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass dieser Antrag aus dem Jahr 2019 stamme und rein formal abschließend besprochen werden solle, damit der Antrag nicht mehr auf der Tagesordnung erscheine. Er erklärt, dass der Antrag damals vom Rat in den JHA verwiesen worden sei.

Der Original-Antrag ist durch einen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion abgeändert worden. Die SPD-Fraktion hat sich diesem Ergänzungsantrag angeschlossen. In der geänderten Form ist dieser Antrag im März 2020 im Rat entschieden worden.

Frau Laufenberg liest für die FDP-Fraktion den Änderungsantrag zu Punkt 2 vor:

"Die Elternbeitragssatzung ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren legt die Verwaltung dem JHA und dem Rat ein Stufenmodell vor, das die Gebühren für Kinder von 0-3 Jahren weiter entlastet und insbesondere die Einkommensstufen bis 49.084 Euro und 61.355 Euro sozial verträglicher gestaltet."

Frau Dr. Butterwegge fragt nach dem vollständigen Wortlaut des Antrags.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass der ursprüngliche Originalantrag noch auf der Tagesordnung stehe. Dieser müsse einmal aus rein formalen Gründen final abgestimmt werden. Die geänderte Fassung sei im März 2020 im Rat abgelehnt worden. Es handele sich um einen rein formalen Akt.

Herr Bergmann erklärt, dass er das formale Prozedere verstanden habe, weist aber darauf hin, dass der Inhalt durchaus Anlass zur Diskussion biete.

Er stellt klar, dass er grundsätzlich für eine kostenfreie Bildungskette eintrete, aber er habe große Bedenken hinsichtlich der Finanzierung sowie des Personals. Dies sei ein nicht gelöstes Problem, da Bildungsgleichheit nur leistbar sei, wenn auch die Weiterentwicklung der Qualität gewährleistet sei. Diese müsse finanziert werden. Er appelliert, zuerst die Finanzierung sicherzustellen und die durchaus wünschenswerte Beitragsfreiheit zunächst zurückzustellen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen beschreibt die Entscheidung über diesen Antrag als rein formalen Prozess, der bereits im Rat abschlägig entschieden worden sei. Der Antrag sei bereits ausgiebig diskutiert und final im Doppelhaushalt entschieden worden. Es müsse nur noch abgestimmt werden.

Herr Gümüs tritt für die Beitragsfreiheit ein, da die Beiträge gerade im U3-Bereich (5-8 Prozent des Bruttohaushaltseinkommens) eine enorme Belastung für die Eltern darstellen.

Frau Reichartz unterstützt den Appell von Herrn Bergmann und stellt die Frage zur Wirtschaftlichkeit der Kitas. Die Beitragsfreiheit sei wünschenswert, aber es seien 5-stellige Beträge, die pro Kita in Zukunft wegfallen würden. Sie möchte auf jeden Fall ein Kita-Sterben vermeiden.

Frau Laufenberg fügt hinzu, dass die Qualität ein wichtiger Faktor sei. Dieser solle jedoch nicht gegen die Beitragsfreiheit ausgespielt werden. Man solle vielmehr gerade jetzt in Corona-Zeiten ein gemeinsames Zeichen für die teilweise sehr beanspruchten Eltern setzen.

Herr Glaremin weist darauf hin, dass es mittlerweile eine andere Situation gebe. Der Antrag sei aus 2019. Mittlerweile gebe es das neue KIBIZ und die erforderlichen Geldmittel, welche im Antrag erwähnt werden, stehen jetzt nicht mehr zur Verfügung. Die Änderung von Frau Laufenberg beziehe sich auf den zweiten Absatz, welche auch im Rat beschlossen wurde. Je nach Abstimmung im JHA müsste der Antrag erneut an den Rat empfohlen werden, und die Begründung müsse dann angepasst werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Begründungen nicht zum Beschlusstext gehören.

Herr Glaremin erwidert, dass die Begründung der Willensbildung diene. In diesem Fall sei sie notwendig, da einige Aspekte des oben genannten Antrags zeitlich überholt seien.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stimmt zu und ergänzt, dass im März 2020 ein anderer Antrag im Rat abgelehnt worden sei, der dem entspreche, was Frau Laufenberg ausgeführt habe.

Frau Dr. Butterwegge moniert, dass diese Vorlage unklar sei und dass sie sich enthalten möchte, da ihr kein Beschlusstext vorliege.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen liest den Text nochmal vor.

Frau Dr. Butterwegge weist erneut darauf hin, dass sie sich enthalten werde.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen startet die Abstimmung.

Beschluss:

- Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Familien von den Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in einer Kita ab dem 3. Lebensjahr bis zur Einschulung komplett zu befreien.
- 2. Die Elternbeitragssatzung ist entsprechend anzupassen. Es ist ebenfalls zu prüfen, welche Spielräume dadurch entstehen, um auch die Eltern von Kindern unter 3 Jahren weiter finanziell zu entlasten.

Die FDP-Fraktion stellt zu Punkt 2 den Änderungsantrag:

Die Elternbeitragssatzung ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren legt die Verwaltung dem JHA und dem Rat ein Stufenmodell vor, das die Gebühren für Kinder von 0-3 Jahren weiter entlastet und insbesondere die Einkommensstufen bis 49.084 Euro und 61.355 Euro sozial verträglicher gestaltet.

Abstimmungsergebnis:

- 5 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), FDP-Fraktion (1), SJD Die Falken Kreisverband Köln (1)
- 8 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1)
- 2 Enthaltungen: Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1), Fraktion Die Linke. (1)

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkung:

Frau Schönhals (Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes) stimmt stellvertretend für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.) ab.

5.2 Neue Anträge

Neue schriftliche Anträge werden in dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht gestellt.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztag an Kölner Grundschulen AN/0050/2020

Zu 6.1.1Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztag an Kölner Grundschulen: Beantwortung der Anfrage AN/0050/2020 0630/2020

Frau Dr. Butterwegge weist auf die Dringlichkeit des Ausbaus der Schulkapazitäten im Bereich des offenen Ganztags anlässlich der geänderten Investitionsförderung des Bundes hin. Das Investitionsprogramm, für welches 2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, wurde kürzlich vom Bund beschleunigt. Vor diesem Hintergrund findet sie die Beantwortung der Fragen ihrer Fraktion unbefriedigend. Sie beschreibt die von der Verwaltung für den Ausbau an Kapazitäten vorgesehene mehrstufige Vorgehensweise:

- 1. Betrachtung und Bewertung aller vorhandenen Schulkapazitäten im Hinblick auf diverse Aspekte wie beispielsweise Raumsituation, Verpflegungskonzept unter Beteiligung des Trägers und der Schulleitung
- 2. Festlegung durch die Schulverwaltung, wo welche Maßnahmen erforderlich sind und wie diese priorisiert werden
- 3. Die daran anschließende Umsetzung wird über das Jahr 2025 hinausgehen; bis dahin werde auf Interimslösungen gesetzt

Sie äußert Sorge, dass die Förderungen des Bundes nicht rechtzeitig abgerufen werden und weist auf die bereits existierende Darstellung unter dem Tagesordnungspunkt 8.5.9 hin, in welcher unter anderem die Versorgungsquoten aller Schulen aufgelistet sind.

Sie wünscht eine Beantwortung der konkreten Zeitplanung für die oben genannten Schritte 1 und 2. Sie möchte wissen, wann sowohl Schritt 1 starte und wann dieser Schritt abgeschlossen sein werde wie auch Schritt 2.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass die Verwaltung die Antwort nachliefern werde.

6.1.2 Bedarfsplan zur Kindertagesbetreuung in Kitas und Tagespflege AN/0126/2020

Zu 6.1.2Bedarfsplan zur Kindertagesbetreuung in Kitas und Tagespflege: Beantwortung der Anfrage AN/0126/2020 1225/2020

Frau Dr. Butterwegge weist darauf hin, dass der Ratsbeschluss von 2016 vorsah, dass bis zum Kitajahr 2020/21 für 50 Prozent der U3-Kinder ein Platz zur Verfügung gestellt werde. Die Verwaltung gebe nun eine neue, geänderte Zielplanung bis zum Kitajahr 2025/26 vor. Sie kritisiert, dass damit der Ratsbeschluss aus 2016 missachtet werde.

Ihre zweite Frage betrifft das angestrebte Verhältnis von 87 Prozent Kitaplätzen zu 13 Prozent Tagespflege, welches für das Kitajahr 2020/21 als Ausbauplanung angestrebt war. Sie beobachte, dass die Tagespflege weiter ausgebaut werde und bittet die Verwaltung um Erklärung.

Herr Gümüs unterstützt die Anfrage von Frau Dr. Butterwegge und fragt, wann die in der Beantwortung benannten 60 Prozent erreicht sein sollen.

Herr Voigtsberger weist darauf hin, dass in der Vergangenheit schon berichtet worden sei, dass die benannte Zielquote von 50 Prozent voraussichtlich im Jahr 2025 erreicht werde. Der Ratsbeschluss werde durchaus ernst genommen, aber er möchte transparent kommunizieren. Er weist darauf hin, dass im letzten Jahr viele wichtige Schritte unternommen worden seien. Das erklärte Ziel seien weiterhin 1.000 neue Betreuungsplätze (Kita und Tagespflege) pro Jahr. Die rasant steigende Kinderzahl in Köln habe eine negative Auswirkung auf die Relation, so dass trotz immensen Ausbaus die Betreuungsquote nicht steige. Zudem setze es sich immer mehr durch, dass kleine Kinder früher in die Kita gebracht werden, was ebenfalls die Quote negativ beeinflusse. Die Verwaltung versuche, den Betreuungsanspruch möglichst schnell zu decken, daher sehe er das Ziel von 50 Prozent in 2025 als realistisch an. Er gehe davon aus, dass in den darauffolgenden Jahren eine noch höhere Betreuungsquote möglich seien könnte, allerdings könne dafür kein Zeitfenster genannt werden.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass allein im letzten Jahr 11.500 Kinder in Köln geboren wurden, was eine deutliche Steigerung zu den 10 bis 15 Jahren davor bedeute, wo die Zahl unter 10.000 gelegen habe. Die Vielzahl der neu realisierten Kitas beziehungsweise Kitaplätze werde durch das Bevölkerungswachstum aufgezehrt. Die Versorgungsquote liege bei aktuell 44 Prozent. Diese werde ansteigen, da das Bevölkerungswachstum derzeit stagniere. Er weist darauf hin, dass auch die TagespflegePlätze sehr wichtig seien. Großtagespflege gewinne an Bedeutung. Das habe die Elternbefragung auch bestätigt.

Die Verwaltung werde die Planung in 2021 nochmal anpassen.

Herr Krücker erklärt, dass Trägeranteile auch im Ausbau von Kitaplätzen eine wesentliche Rahmenbedingung seien. Die Ausbaugeschwindigkeit könne dadurch erhöht werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erkundigt sich, ob es eine neue Befragung geben werde.

Herr Pfeuffer führt aus, dass derzeit keine neue Elternbefragung vorgesehen sei. Diese Befragungen seien sehr teuer und aufwendig. Es werde derzeit geprüft, das elektronische Anmeldeverfahren Little Bird zu nutzen, welches das erforderliche Potential aufweise.

6.1.3 Einsatzkonzepte Karneval Streetwork und Ordnungsdienst AN/0364/2020

Zu 6.1.3Einsatzkonzept Karneval Streetwork und Ordnungsdienst AN/0364/2020 1395/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen äußert Befremden, dass der Bezirksregierung nicht bekannt gewesen sei, dass am 11.11. keine Schule in der Innenstadt unterrichtet habe. Er äußert zudem Besorgnis, dass gerade die kleineren Kinder somit am 11.11. unbeaufsichtigt und ohne Fürsorge gewesen seien. Er präzisiert, dass Prävention in Schulen stattzufinden habe. Die Kinder dürften am 11.11. nicht alleine gelassen werden.

Frau Laufenberg hat eine Nachfrage zur Seite 5 der Mitteilung. Es habe einen neuen Brennpunkt am Hohenstaufenring in Höhe des dortigen Rewe gegeben. Aufgrund der Vorkommnisse habe sich das Streetwork-Team des Jugendamtes dort am 11.11. zurückgezogen. Die Polizei konnte die Situation angabegemäß ebenfalls nicht unter Kontrolle bringen. Sie wünscht eine Vorstellung dieser Information im Polizeibeirat.

Herr Glaremin weist darauf hin, dass die Lageeinschätzung sowohl an die Polizei wie auch an das Ordnungsamt bereits weitergegeben worden sei.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Erhalt der Jugendeinrichtung "Take Five" sichern AN/0790/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erläutert die Anfrage und weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten der Jugendeinrichtung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Er bittet die Verwaltung darum, in Abstimmung mit dem Liegenschaftsamt sowie dem Amt für Stadtentwicklung hinsichtlich alternativer Räumlichkeiten aktiv zu werden, damit die Jugendeinrichtung weiter bestehen bleiben kann.

Herr Glaremin erklärt, dass die Verwaltung darauf antworten werde.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

Frühere mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe liegen nicht vor.

7.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen wurden nicht gestellt.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

- 8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung
- 8.2.1 Ergänzung zur Mitteilung "Jugendbefragung und dann…, Erste Bilanzierung" (Session 0178/2020)
 1529/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2.2 Beteiligung der Stadt Köln am Förderaufruf des Landes "kinderstark - NRW schafft Chancen" 1654/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2.3 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der TH Köln am Standort Deutz - Umzug der Kita Gießener Str. 30 1449/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste
- 8.3.1 Bearbeitung von Beschwerden über die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), des Pflegekinderdienst (PKD) sowie des Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienstes (GSD) und im Bereich Beistandschaft (BE) 1563/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass es sehr wenige Beschwerden gebe. Die Mitteilung wird ohne weiteren Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.3.2 Umstellung der Fördersystematik von Ehe-, Lebensberatungs-, Familienberatungsstellen sowie sonstigen Fachberatungsstellen ab 2021 1399/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz liegen nicht vor.

- 8.5 Weitere Mitteilungen
- 8.5.1 Wie leben queere Jugendliche in Köln? hier: Ergebnisse der Jugendbefragung 2019 des Jugendzentrums anyway e.V. 1241/2020

Herr Piger merkt an, dass er die Zahlen aus dieser Jugendbefragung erschreckend finde und regt an, die Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen und Herr Dr. Schlieben erklären, dass diese Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Schulausschusses vorgestellt werden, welche jedoch erst im August stattfinde.

Frau Schmerbach weist darauf hin, dass Jugendliche mit Handicaps in diesem Bericht nicht ausreichend Berücksichtigung finden.

8.5.2 Online-Angebote für neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre 1299/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen ergänzt, dass bereits eine größere gemeinsame Initiative mit dem Schulausschuss gestartet sei, Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen, bestenfalls schon nach den Sommerferien. Die Priorität liege dabei auf den BuT-Kindern.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bestätigt, dass dies schnellstmöglich umgesetzt werde.

8.5.3 Ausstiegs-Szenarien aus den Corona-Beschränkungen entwickeln – schrittweise Betreuung ausweiten 1311/2020

Diese Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung unter dem Thema "Corona" besprochen.

8.5.4 Achtzehnter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 1325/2020

Frau Dr. Butterwegge merkt an, dass im laufenden Kindergartenjahr bis Mai 404 neue Kitaplätze geschaffen worden seien. Bis Ende des Kitajahres sollen diese auf 644 steigen. Somit bleibe eine negative Differenz zu den pro Jahr geplanten 1.000 Kitaplätzen.

Sie regt eine jährliche Bilanzierung der Ausbauzahlen sowie eine Berichterstattung an die politischen Gremien an, in welcher auch auf die jeweiligen genutzten Strategien wie beispielsweise das Investorenmodell Bezug genommen werde.

Herr Gümüs fragt im Hinblick auf die im Bericht beschriebene rückläufige Ü3-Versorgungsquote, wann sich diese wieder verbessern werde.

Herr Pfeuffer führt aus, dass die Zahl der Ü3-jährigen angestiegen sei, was zu einem Absinken der Quote geführt habe. Es seien zu keinem Zeitpunkt Plätze abgebaut worden.

Die Versorgungsquote habe sich nur prozentual verschlechtert. Sobald die nächsten Kitas starten, werde sich das wieder auflösen, da mit jeder neuen Kita neue U3 und Ü3-Plätze realisiert werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt, ob es Erkenntnisse hinsichtlich eines geänderten Anmeldeverhaltens gebe.

Herr Pfeuffer erklärt, dass ein Trend beobachtet werde, Kinder früher zur Kita anzumelden, in der Regel bereits ab 2 Jahren. Er beschreibt, dass das Bevölkerungswachstum in Köln gerade bei den kleineren Kindern stark gestiegen sei, es gebe viele Neugeborene. Es gebe jedoch keine Änderung bei der Nachfrage nach Kitaplätzen.

8.5.5 Sachstandsbericht für das Jahr 2019 zu den EHAP-Projekten ALVENI links und rechts vom Rhein 1393/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.6 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 1310/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.7 Städtische Kindertageseinrichtungen im Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" 1219/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.8 Ausbau der Schulsozialarbeit 2020 1462/2020

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass der Ausbau sehr erfreulich sei. Die Mitteilung wird ohne weiteren Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.9 Offene Ganztagsschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2020/2021 1224/2020

Herr Gümüs merkt an, dass in den Verpflegungskonzepten der Offenen Ganztagsschulen (OGS) die Küchenräume oftmals unzureichend geplant wurden, da diese beispielsweise für einen bestimmten Caterer konzipiert wurden und von einem nachfolgenden Caterer nicht genutzt werden konnten. Er weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bei der Planung Fehler gemacht worden seien und bittet bei geplanten Schulneubauten um Beachtung.

Herr Beigeordneter Voigtsberger stimmt Herrn Gümüs zu und führt aus, dass tatsächlich in der Regel der Mangel an geeigneten Küchenräumlichkeiten ein Hauptproblem für die erforderliche Versorgung mit frischem Essen darstelle. Er fügt hinzu, dass für jeden neuen Schulstandort mit einer 100-prozentigen OGS-Belegung geplant werde. Dementsprechend wachse auch die erforderliche Infrastruktur, wie unter anderem für Küchen. Es sei schwierig, Interims- oder nachhaltige Lösungen, beispielsweise in Form von Kooperationen mit anderen Trägern zu finden. Die Problematik sei jedoch bekannt und die Verwaltung arbeite daran, diese zu verbessern.

Herr Seeck führt aus, dass es eine Diskrepanz zwischen den einzelnen Stadtteilen gebe und nennt als Beispiele Meschenich und Kalk. Er regt an, dass mögliche Synergieeffekte, wie beispielsweise Kooperationen mit Sportvereinen stärker berücksichtigt werden sollten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet in diesem Zusammenhang um einen detaillierten Sachstandsbericht zur Begegnungsstätte Meschenich am Kölnberg, bestenfalls direkt im Anschluss an die Sommerferien.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erklärt, dass die Verwaltung die Anfrage weiterleiten werde.

8.5.10 Strukturierter Zugang für neuzugewanderte, berufsschulpflichtige Jugendliche ins Bildungssystem 1522/2020

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.11 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Angebote des Amtes für Kinder, Jugend und Familie – Maßnahmen, aktueller Sachstand 1743/2020

Diese Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung unter dem Thema "Corona" besprochen.

Gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

Gez. Karin Wolf (Schriftführung)